

Kurzbericht über die 4. ordentliche Stadtratssitzung am 26. November 2019

Zur Stadtratssitzung waren 21 Stadträtinnen und Stadträte erschienen.

Vor dem eigentlichen Sitzungsbeginn erfolgte die **Auszeichnung von Nachwuchsleistungssportlern** unserer Stadt. Hierzu begrüßte der OB Herr Hofmann als Vertreter des Kreissportbundes Zwickau, welcher die Auszeichnungen vornahm. Geehrt wurden 3 Tischtennisspieler vom SV Sachsenring für ihre besonderen Leistungen. So erhielten Mark Wiese, Christian Hornbogen und Karl Zimmermann eine finanzielle Unterstützung für ihre sportlichen Leistungen sowie ihr Engagement.

Am 01. September 2019 des vergangenen Jahres fand die Oberbürgermeisterwahl in unserer Stadt statt. Das Landratsamt des Landkreises Zwickau stellte die Gültigkeit der Wahl von Herrn Lars Kluge zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Hohenstein-Ernstthal fest.

Im weiteren Sitzungsverlauf übergab Herr Kluge an dieser Stelle die Leitung der Sitzung an Herrn Stadtrat Trinks zur **Wahl eines Mitgliedes des Stadtrates für die Verpflichtung und Vereidigung des Oberbürgermeisters**.

Herr Trinks informierte die Stadträte, dass Herr Dr. Stiegler als derzeit ältester Stadtrat die Verpflichtung und Vereidigung von Herrn Kluge vornehmen sollte. Zu dieser Verfahrensweise wurde sich einstimmig in der vergangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses verständigt. Da es seitens der Stadträte keine weiteren Vorschläge dazu gab, schlug Herr Trinks vor, eine offene Wahl durch Handzeichen von Herrn Dr. Stiegler vorzunehmen.

Nachdem Herr Dr. Stiegler einstimmig gewählt wurde, nahm er die **Verpflichtung und Vereidigung von Herrn Lars Kluge** gemäß § 51 Abs. 6 der Sächsischen Gemeindeordnung vor. Abschließend wünschten Herr Dr. Stiegler und Herr Trinks als Vorsitzender der CDU-Fraktion des Stadtrates Herrn Kluge für seine Tätigkeit als Oberbürgermeister alles Gute und überreichten ihm Blumen. Herr Trinks übergab die Leitung der Stadtratssitzung zurück an den Oberbürgermeister, Herrn Kluge.

Unter dem Tagesordnungspunkt - **Informationen des Oberbürgermeisters** - berichtete dieser über einige ausgewählte Veranstaltungen in der nächsten Zeit sowie über Verkehrsraumeinschränkungen größeren Ausmaßes im Stadtgebiet.

Weiterhin informierte der OB die Stadträte bezüglich eines Hinweises von Herrn Zilly in der letzten Stadtratssitzung zur eventuellen Änderung unserer Polizeiverordnung. Von der Landesdirektion Sachsen liegt ein Schreiben vom 04.11.2019 zur rechtlichen Bewertung der Fortgeltung von bestehenden Polizeiverordnungen nach in Kraft treten des Sächsischen Polizeibehördengesetzes vor. Daraus geht hervor, dass eine Änderung der Polizeiverordnung der Großen Kreisstadt Hohenstein-Ernstthal nicht notwendig ist.

Im **TOP 7 - Informationen des Ortsvorstehers von Wüstenbrand** - informierte Ortsvorsteher Herr Küttner über die vergangene Ortschaftsratssitzung am 18.11.2019. Schwerpunkte waren die Planung und Durchführung des Weihnachtsmarktes auf dem Gelände der Grundschule Wüstenbrand. Weiterhin wurde beraten zur Parksituation Lindenhofweg. Der Ortschaftsrat favorisierte das Markieren der Parkflächen und das Beibehalten des verkehrsberuhigten Bereiches. Abschließend gab es zur Sitzung Informationen zum Bauvorhaben Ausbau der Waldenburger Straße im Ortsteil.

Zu **TOP 8 der Tagesordnung - Anfragen der Bürger und Stadträte** - erkundigte sich ein Bürger, wann die nächste Einwohnerversammlung in Hohenstein-Ernstthal stattfindet.

Zwischenzeitlich erfolgte die Festlegung und Bekanntgabe des Termins für Montag, den 27.01.2020, 18.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses Hohenstein- Ernstthal.

Der Bürger fragte weiterhin, was dagegen spricht, dass für die Stadt Hohenstein- Ernstthal ein „Umweltnotstand“ ausgerufen wird. Als Grund hierfür wäre die jahrelange Lärmbelastung der Bürger durch das VZS zu sehen. Das Gutachten eines Ingenieurbüros liegt nunmehr vor. Der Bürger zweifelt jedoch die Unabhängigkeit dieses Gutachtens an und hob nochmals die extreme Lärmbelastung zur Veranstaltung der GT Masters hervor. Seiner Meinung nach kommt das Landratsamt hier seiner Kontrollpflicht nicht nach. Auch sieht der Bürger die in der letzten Stadtratssitzung erhaltene Antwort

zur Lautstärke am Tag des sogenannten „Oktoberfestes“ auf dem Gelände des Sachsen-rings bzw. des Voice of Art Festivals auf dem Pfaffenberg als nicht befriedigend an. Ein weiterer Bürger kritisierte ebenfalls die Lärmbelästigung, hervorgerufen durch das „Oktoberfest“ auf dem Gelände des Sachsenrings. Er hat das Gefühl, als würden wir uns in einem rechtsleeren Raum befinden. Trotz Alarmierung der Polizei in den späten Nachtstunden erfolgte keine Lärmreduzierung. Er kann nicht verstehen, warum die Musik zumindest nicht ein kleines Stück leiser gestellt werden konnte.

Der OB verwies hierzu nochmals auf seine Entschuldigung in der vergangenen Stadtratssitzung. Die Stadt hatte bisher großes Interesse, dass es für unsere Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Veranstaltungen gibt und unterstützt deren Durchführung sehr gern. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung diese Feste ablehnt, dann können sie in dieser Art zukünftig eben nicht mehr stattfinden. Am Festival Voice of Art an einem Wochenende im Jahr auf dem Pfaffenberg sollte jedoch nach Möglichkeit weiter festgehalten werden, es sei denn, dass auch hier eine Mehrheit die Durchführung des Festes für unsere Jugendlichen komplett ablehnt. Zum Thema „Umweltnotstand“ könnte bei Einverständnis des Bürgers eine gemeinsame Beratung beim OB stattfinden, um entsprechende Inhalte zu besprechen.

Eine Hohenstein-Ernstthalerin bemängelte die Verunreinigung durch Plakatierung im Bereich Dresdner Straße 34/36. Plakate sind hier nur teils angebracht, Reste abgerissen bzw. werden überhaupt nicht wieder abgenommen.

Der OB kündigte an, diesen Hinweis an die Wohnungsgesellschaft Hohenstein- Ernstthal mbH als Eigentümer des Gebäudes Dresdner Straße 34 weiterzuleiten. Alle unsachgemäßen Plakatierungen können jedoch nicht entfernt werden, da es sich in vielen Fällen um private Flächen bzw. Gebäude handelt und die Stadt keinen Einfluss auf Privatbesitz hat.

Herr Pfarrer Nötzold verwies in seinem Redebeitrag auf das seiner Meinung nach provokante Auftreten der AfD-Stadträte zur Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages am Denkmal am Silbergäßchen. Zur Veranstaltung wurden seitens des AfD-Fraktionsvorsitzenden Strophen eines Gedichtes vorgetragen, welches auch von politischen Gruppierungen, wie der rechtsextremistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ verwendet wird. Herr Nötzold beobachtet die Entwicklung seit geraumer Zeit mit großer Sorge. Der OB kann den Inhalt des Gedichtes nicht bewerten. Er führte aber aus, dass der Redebeitrag für ihn überraschend kam und nicht mit ihm abgestimmt war und dass zukünftig zu städtischen Veranstaltungen unangemeldete Redebeiträge nicht zugelassen bzw. unterbunden werden.

Stadtrat Herr H. Pfau widersprach Herrn Nötzold und verwies darauf, dass der vorgetragene Text moralisch nicht bedenklich sei. Sollte dies der Fall sein, sollte Herr Pfarrer Nötzold Anzeige erstatten. Schlimm fand Herr Pfau die Beschädigung des niedergelegten Kranzes der AfD am Denkmal. Ein Bürger fragte, ob die Beleuchtung im Parkbereich des Fuchsgrundes abgeschaltet oder defekt ist. Der Sachverhalt wird geprüft und zuständigkeitshalber an den Zweckverband Stadtbeleuchtung weitergeleitet.

Stadtrat Herr Röder berichtete, dass auf dem Gelände des Autohauses in Wüstenbrand Richtung Grüna Erdaushub abgelagert wurde. Er möchte wissen, ob dies genehmigt worden ist und wenn ja, ob es eine Niederschrift dazu gibt. Auch hier wird der Sachverhalt vom zuständigen Fachamt geprüft bzw. ist zu recherchieren, ob diese Erdablagerungen überhaupt zulässig sind.

Stadtrat Herr Bernhardt hinterfragte, wie es zu den neu festgelegten Öffnungszeiten des Bürger-büros gekommen ist und ob diese Zeiten eventuell zu einem späteren Zeitpunkt wieder erhöht werden. Der OB führte aus, dass es sich um geringfügige Kürzungen der Sprechzeiten handelt. Das Bürgerbüro ist Montag bis Samstag weiterhin ohne Schließtag geöffnet. Die neuen Zeiten gelten bis auf weiteres und haben personelle bzw. krankheitsbedingte Gründe. Selbstverständlich ist der Verwaltung daran gelegen, diese Öffnungszeiten so schnell wie möglich wieder zu erhöhen. Stadtrat Herr Weiß wollte wissen, welche Tagesordnung zur bevorstehenden Einwohnerversammlung im Januar 2020 vorgesehen ist. Der OB schlug folgende Tagesordnungspunkte vor:

- Filmischer Jahresrückblick 2019

- Informationen des OB zum Haushaltsjahr 2020
- Anfragenbeantwortung.

Stadträtin Frau Mühleisen stellte die Frage, ob die Parkplatzsituation im Bereich des neu eröffneten EDEKA-Marktes bzw. die Zufahrt zur EDEKA vom Bahnhof kommend so bleibt. Der OB bestätigte dies. Stadtrat Herr Küttner informierte, dass auf einem Teil des Platzes des ehemaligen Volkshauses von der Fa. Straubelt Schüttgüter in Mengen abgelagert werden und fragte, wie lange das noch so gehen soll. Stadtrat Herr Röder ergänzte dazu, dass die Nutzung als Parkfläche auf dem gesamten Gelände nicht mehr möglich sei, nicht nur auf einem Teil.

Durch die Verwaltung ist zu prüfen, ob der Platz vertragsgemäß genutzt wird. Stadtrat Herr K. Pfau erkundigte sich, ob es möglich ist, zukünftig nachts die Ampelanlagen in unserem Stadtgebiet abzuschalten. Hierzu erfolgt eine Recherche durch das Straßenverkehrsamt.

Im Hauptteil der Stadtratssitzung wurden **4 Beschlussvorlagen** beraten.

1. Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2014

Durch den OB erfolgte der Hinweis, dass die Vorlage ausführlich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Verwaltungsausschusses durch Frau Neumann vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Zwickau vorgestellt wurde. Mit Prüfbericht vom 23.10.2019 erteilte das Rechnungsprüfungsamt einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 5 Enthaltungen den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 nach erfolgter örtlicher Prüfung (**Beschluss 1/4/2019**).

2. Sitzungsplan 2020 für den Stadtrat und seine Ausschüsse

Der OB sprach nochmals zur Vorlage. Der Wunsch der Fraktion DIE LINKE/ PRO HOT war, im Juli noch eine Stadtratssitzung einschließlich dazugehörige Ausschusssitzungen einzufügen. Die bisherige Praxis, im Juli/ August keine Stadtratssitzung durchzuführen, sondern eine Sitzung des Technischen Ausschusses, hat sich bisher bewährt. Eine Beschlussfähigkeit mit 8 Mitgliedern des TA ist einfacher zu erreichen, als mit 23 Stadträten in der Ferienzeit.

In der anschließenden Diskussion sprachen sich die Stadträte mehrheitlich dafür aus, die Sitzungstermine beizubehalten. Herr Bernhardt und Herr Weiß fanden es sehr schade, dass ihr Vorschlag keine Berücksichtigung gefunden hat.

Der Stadtrat bestätigte mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen die Sitzungstermine für das Jahr 2020 (**Beschluss 2/4/2019**).

3. Beteiligungsverfahren zum Schulnetzplan des Landkreises Zwickau, Fachteil allgemeinbildende Schulen

Der vorliegende Entwurf des Schulnetzplanes für den allgemeinbildenden Bereich stellt den Sachstand des Schuljahres 2018/2019 und die langfristige Entwicklung bis zum Schuljahr 2028/2029 dar. Er basiert u.a. auf vielfältigen Abstimmungen mit der Schulaufsicht, Gesprächen und Beteiligungen der öffentlichen Schulträger, des Kreiselterrates, Abstimmungen mit den benachbarten Gebietskörperschaften und berücksichtigt die Interessen der sonstigen Schulträger des Kreisgebietes. Mit Schreiben vom 21.10.2019 wurde der Stadt Hohenstein-Ernstthal vom Landkreis Zwickau der Entwurf des Schulnetzplanes zur Verfügung gestellt. Um das gemeindliche Einvernehmen herzustellen, bedarf es eines Beschlusses durch den Stadtrat.

Der Stadtrat erteilte einstimmig gemäß § 23 a Abs. 4 des Sächsischen Schulgesetzes sein Einvernehmen zum vorgelegten Schulnetzplan des Landkreises Zwickau, Fachteil allgemeinbildende Schulen (**Beschluss 3/4/2019**).

4. Antrag der Fraktion DIE LINKE/PRO HOT zur Erhöhung der kommunalen Semesterbeihilfe

Zum Antrag folgten ausführliche Erläuterungen durch Herrn Weiß als Einbringer der Vorlage.

Aus der anschließenden Diskussion ging hervor, dass die Mehrheit der Stadträte den eingebrachten Antrag begrüßenswert findet. Stadtrat Herr H. Pfau stellte den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage in den Ausschuss, um ein seiner Meinung nach geeigneteres Budget als das der Infrastruktur zu finden. Der OB ergänzte, dass die Verwaltung zur Auffassung gekommen ist, dass das vorgebrachte Budget am ehesten die finanzielle Erhöhung abdecken kann. Eine Deckung ist nur über den Ergebnishaushalt

möglich. Der Antrag von Herrn H. Pfau, die Vorlage zurück in den VA zu verweisen, wurde mit 5 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Einstimmig mit 5 Enthaltungen beschloss der Stadtrat, dass

- die kommunale Semesterbeihilfe von derzeit 70,00 EUR auf 100,00 EUR je Antrag ab Januar 2020 angehoben wird,
- das spezifische Budget von derzeit 8.000 EUR, um 3.000 EUR auf 11.000 EUR für das Haushaltsjahr 2020 erhöht wird (**Beschluss 4/4/2019**).

Am Schluss der Sitzung informierte Bauamtsleiter Herr Weber unter dem Tagesordnungspunkt - **Etwaige weitere Angelegenheiten - zum aktuellen Stand der Bauarbeiten am Karl-May-Haus.**

Die Zuschlagserteilung für das größte Los der Erdarbeiten und den Rohbau ist für die Stadtratssitzung am 28.01.2020 vorgesehen. Die Bauarbeiten für die Giebelunterfangung sind seit 25.11.2019 angelaufen. Es ist davon auszugehen, dass die Bauarbeiten in ca. 5 Wochen abgeschlossen sind, sofern kein Wintereinbruch kommt. Falls auch bei der zweiten Ausschreibung keine realistische Bausumme durch einen Bieter erreicht wird, die der Kostenschätzung der Stadt zumindest nahe kommt, könnte das gesamte Projekt auf Wunsch des Stadtrates beendet werden. Es müssten dann alle bisher ausgegebenen Gelder und geflossenen Fördermittel zurückgezahlt werden. Ebenso wären der zweite Rettungsweg und die angestrebte Barrierefreiheit des Karl-May-Hauses nicht gegeben. Ziel sollte deshalb sein, selbst wenn eine Kostensteigerung im Rahmen erfolgen würde, das Vorhaben weiter zu verfolgen, da diese Maßnahme mit einer 90 %igen Förderung von Bund und Land unterstützt wird.